

Aachen, den 20.12.94

Georg Schumacher - Auf der Gallich 28 - 52076 Aachen

An die
Landtagspräsidentin - Landtag NRW
Frau Ingeborg Friebe

Platz des Landtags
40221 Düsseldorf

Unterschriftenaktion zum Sonderschulentwicklungsgesetz

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

am 11.1.1995 wird es zu einer Anhörung zum "Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen (Sonderschulentwicklungsgesetz)" im Landtag kommen. Grund für diese Anhörung sind Fragen und Einwände zum bisher vorliegenden Entwurf, der von vielen Fachleuten - insbesondere von vielen Kolleginnen und Kollegen an den Schulen - nach kritischer Analyse in der jetzigen Form abgelehnt wird. Auch nach eingehender offener Diskussion mit VertreterInnen Ihres Hauses und mit Vertretern des Kultusministeriums sind die Bedenken, daß es bei Annahme des Gesetzes und der bisher bekannten Entwürfe anhängiger Ausführungsbestimmungen in der vorliegenden Form zu einschneidenden Rückschritten sonderpädagogischer Förderung insgesamt kommen wird, nicht ausgeräumt.

Die Kreisverbände GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), VBE (Verband Bildung und Erziehung) und VDS (Verband Deutscher Sonderschulen) haben deshalb in der Region Aachen (Stadt Aachen, Kreis Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren) zu einer gemeinsamen Unterschriftenaktion aufgerufen, an der sich insgesamt 1153 Lehrerinnen und Lehrer aus Grund-, Haupt-, und Sonderschulen beteiligten.

Ich sende Ihnen die Unterschriftenlisten im Auftrag der drei genannten Verbände zu mit der freundlichen Bitte um Information und Weiterleitung des Ergebnisses an die Damen und Herren Landtagsabgeordneten.

Die unerwartet hohe Beteiligung an der Aktion drückt u.E. aus:

- das aktive Interesse an der gesetzlichen Neuregelung sonderpädagogischer Förderung
- den hohen Informationsgrad der LehrerInnen
- die gewachsene Bereitschaft zu kooperativer und integrativer Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher in allgemeinen Schulen
- die weit verbreitete ablehnende Haltung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Mit freundlichen Grüßen



Georg Schumacher - Vorsitzender VDS-RV-Aachen

STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF DES SONDERSCHULENTWICKLUNGSGESETZES

mit der Bitte um Weiterleitung
an die Landtagspräsidentin - und Mitteilung an alle Abgeordneten
Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen

Ein Beschluß des Landtags sieht vor, landesweit die Möglichkeiten, Kinder mit Behinderungen in allgemeinen Schulen zu unterrichten, schrittweise zu erweitern. Der vorliegende Gesetzesentwurf hierzu wird diesem Auftrag nicht gerecht. Er wird daher von den Unterzeichnern in dieser Fassung abgelehnt.

Die beabsichtigte Berechnung der Sonderschullehrerstellen bei integrativer Förderung nach dem Differenzmodell entlarvt den Entwurf als Spargesetz zu Lasten der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf.

Die Unterzeichner fordern

- den Verzicht auf "besondere Förderklassen" und Sonderschulklassen an allgemeinen Schulen;
- den Verzicht auf die Errichtung von Verbundschulen, solange der Schulversuch "Förderschule" nicht mit positiven Ergebnissen abgeschlossen ist;
- Strukturveränderungen im Sonderschulwesen erst dann durchzuführen, wenn sonderpädagogische Förderung auf mindestens gleichem Niveau wie bisher sichergestellt werden kann;
- die Festlegung von konkreten Standards sonderpädagogischer Förderung;
- den ungeschmälernten Erhalt bestehender erfolgreicher Kooperations- und Integrationsvarianten mit ihren außerunterrichtlichen Unterstützungssystemen, solange nicht andere Organisationsformen ihre Gleichwertigkeit unter Beweis gestellt haben;
- die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinen Schulen bei der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einem Umfang, der den Rahmenvorgaben des Schulversuchs "Gemeinsamer Unterricht" entspricht.

Im Rahmen einer gemeinsamen Aktion von:

**GEW - Stadtverband Aachen / VBE - Stadtverband Aachen
VDS - Regionalverband Aachen**

haben

1153 Lehrerinnen und Lehrer

**der Grund-, Haupt- und Sonderschulen in: Stadt Aachen, Kreis Aachen,
Kreis Düren, Kreis Heinsberg obenstehende Stellungnahme und Forderungen
unterzeichnet.**